




## Tagesüberblick Wirtschaft

02.04.2015 17:21

Bern (awp/sda) - Donnerstag, 2. April 2015

**SIKA-STREIT** : Die Stiftung von Bill und Melinda Gates und die Beteiligungsgesellschaft Cascade wollen das Urteil der Übernahmekommission (UEK) im Sika-Streit anfechten. Die Gültigkeit der Opting-Out Klausel soll von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) überprüft werden. Die Finma ist die erste Beschwerdeinstanz der UEK. Diese hatte am Mittwoch entschieden, dass die in den Sika-Statuten festgehaltene Opting-Out-Klausel auch im Fall der geplanten Transaktion der Erbenfamilie an den französischen Konzern Saint-Gobain gültig ist. Einen Entscheid der UEK notwendig gemacht haben die Stiftung von Bill und Melinda Gates und die Beteiligungsgesellschaft Cascade. Durch diese hält Gates seit längerem 3 Prozent der Sika-Stimmrechte. Anfang März hatte Gates ein Gesuch gestellt, wonach die UEK feststellen soll, ob Saint-Gobain zu einem öffentlichen Kaufangebot an alle Publikumsaktionäre verpflichtet sei.

**SUBVENTIONEN FÜR STROM**: Die Schweizer Stromwirtschaft will sich die Wasserzinsen fünf Jahre lang vom Konsumenten bezahlen lassen. Einen entsprechenden Vorschlag brachte ihr Dachverband bei der Energiekommission des Ständerats ein. Sparen könnten die Kraftwerke dadurch rund 2,8 Mrd. Franken. Der Vorschlag segelt unter der Bezeichnung "Wasserrappen" und soll einen Rappen pro Kilowattstunde betragen. Alpiq-Chefin Jasmin Staiblin hatte ihn Mitte März in der Sonntagspresse lanciert. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) brachte ihn am Montag bei einer Anhörung bei der ständerätlichen Energiekommission ein, wie VSE-Sprecher Guido Lichtensteiger einen Bericht der "Handelszeitung" bestätigte. Der Rappen soll fünf Jahre lang erhoben werden.

**ZOFF**: In der Papierindustrie sorgt der starke Franken für Zoff: Die Gewerkschaften Unia und Syna wollen gegen den Arbeitgeberverband ASPI und gegen den Arbeitnehmerverband SPV juristisch vorgehen, weil diese den Unternehmen wegen dem Währungsdruck höhere Arbeitszeiten ermöglichen wollen. Zu einer Einigung kam es aber nicht. Eine Woche nachdem die Gespräche als gescheitert erklärt wurden, haben die Arbeitgeber gemäss Gewerkschaften hinter ihrem Rücken den Schweizerischen Papier- und Kartonarbeitnehmerverband SPV vor ihren Karren gespannt. Doch für eine befristete Arbeitszeiterhöhung bedürfe es auch der Zustimmung der Gewerkschaften. Das Vorgehen von ASPI und SPV verletzte den Gesamtarbeitsvertrag GAV der Papier- und Zellstoffindustrie. Der SPV sieht im vereinbarten Rahmenvertrag keinerlei Verletzungen. Im Gegenteil: Flexiblen Lösungen seien in dieser schwierigen Zeit positiv.

**LÖHNE DOCH IN FRANKEN**: Die Diskussionen um Eurolöhne für Grenzgänger sind beim Zahnimplantate-Hersteller Straumann vom Tisch. "Wir haben sehr rasch negatives Feedback erhalten", sagt Straumann-Chef Marco Gadola im Interview mit der "Handelszeitung". "Wir haben nicht gewusst, dass viele unserer Grenzgänger für ihre Wohnungen und Häuser, die sie in Euro finanzieren, Darlehen in Schweizer Franken haben. Und dass Sozialversicherungs- und Pensionskassenbeiträge weiterhin in Schweizer Franken bezahlt werden", sagt er. Um den Währungseffekt auszugleichen verhandelt Straumann nun mit den Lieferanten.

**GRÜNES LICHT**: Die unter dem Namen Etihad Regional fliegende Tessiner Darwin Airline darf die geplante Kooperation mit der Golf-Fluggesellschaft Etihad Airways eingehen. Dies hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) entschieden. Grund für den positiven Entscheid ist das redimensionierte Geschäftsmodell. Darwin ist dadurch nicht mehr im gleichen Mass von Etihad abhängig wie ursprünglich geplant. Das BAZL hat die Zusammenarbeit untersucht, weil nach geltendem EU-Recht, das die Schweiz übernommen hat, europäische und damit auch schweizerische Fluggesellschaften mehrheitlich unter Kontrolle europäischer Gesellschaften sein müssen. Durch das Luftfahrtbündnis mit der Etihad, vermutete das BAZL zunächst einseitige



Online lesen

Machtverhältnisse, vor allem auf operativer Ebene. Daraufhin hat Etihad das Geschäftsmodell überarbeitet.

**LIEBLINGSUNTERNEHMEN:** Migros und der Schokoladenproduzent Lindt & Sprüngli erfreuen sich bei Schweizerinnen und Schweizern des besten Rufs. Damit verdrängten die Chocolatiers aus Kilchberg die Uhrmacher von Swatch erstmals von einem der beiden Spitzenränge. In früheren Jahren hatten sich Swatch und Migros an der Spitze abgewechselt. Dieses Jahr muss sich Swatch mit Platz drei begnügen, wie das Marktforschungsinstitut GfK a mitteilte. Auf Platz vier landeten die Raiffeisen-Banken nach Rang 6 im Vorjahr. Coop (5. Platz), Geberit (6.) und Emmi (10.) behaupteten sich in den Top-Ten. Emmi war 2014 allerdings noch auf Platz 7 gewesen. Aus den Top-Ten ausgeschieden sind dagegen Rolex und Richemont. Von den 52 grössten Schweizer Unternehmen verbesserte etwa die Hälfte den Ruf.

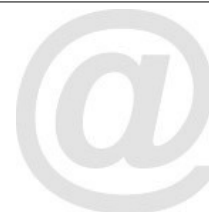
**MEHR GEWINN DANK VERKAUF:** Die Immobiliengesellschaft Espace Real Estate hat im vergangenen Jahr den Gewinn um 13,2 Prozent auf 11,7 Mio. Franken gesteigert. Der Zuwachs ist vor allem auf den Verkauf des Industriearcals "Wissensteinfeld" im solothurnischen Derendingen zurückzuführen. Aus dem Verkauf seien der Gesellschaft beachtliche liquide Mittel zugeflossen, schreibt Espace Real Estate in einer Mitteilung. Der Gewinn aus dem Vermietungsgeschäft ging dagegen um 3,8 Prozent auf 22,9 Mio. Fr. zurück. Dies vor allem weil sich der Liegenschaftsaufwand wegen ausserordentlicher Unterhaltsarbeiten und Investitionen um gut einen Viertel erhöhte. Die Aufwertung des Frankens nach der Aufgabe des Euromindestkurses habe den Preisdruck auf gewerbliche und industrielle Flächen erhöht, schreibt die Gesellschaft zum Ausblick. Dagegen seien die Mietpreise für Wohnungen stabil geblieben.

**WENIGER CAMPING:** Der verregnete Sommer 2014 hat dem Campingplatzbetreiber TCS Camping im vergangenen Jahr einen Umsatzrückgang beschert. Auch die Übernachtungen waren rückläufig. Der führende Schweizer Platzbetreiber zeigt sich in einer Mitteilung dennoch zufrieden. Im ersten Halbjahr 2014 lag der Umsatz nämlich um 16 Prozent über demjenigen der Vorjahresperiode. Nur der regnerische Juli und August machten TCS Camping einen Strich durch die Rechnung. Per Ende Jahr stand ein Umsatz von 18,4 Mio. Fr. zu Buche, 3,7 Prozent weniger als 2013. Auch die Übernachtungen lagen mit 910'881 um 4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Gemäss Mitteilung will TCS Camping im laufenden Jahr dennoch in die Infrastruktur investieren. So wird in der kommenden Saison unter anderem auf allen Plätzen kostenloser drahtloser Internetzugang angeboten.

**TRANSOCEAN VERSCHROTTET:** Das Ölbohrunternehmen Transocean will zwei zum Verkauf stehende Bohrseln verschrotten. Das belastet die Rechnung im ersten Quartal mit 90 bis 110 Mio. Dollar, wie die Firma mitteilte. Wegen der aktuell tiefen Ölpreise fanden sich offenbar keine Käufer. Die Belastung wirke sich nicht auf die Barmittel aus. Die beiden Plattformen "GSF Aleutian Key" und "Sedco 707" würden auf umweltfreundliche Art verschrottet. Wie das genau abläuft, ging aus dem Communiqué nicht hervor. Mit diesen beiden zur Abwrackung bestimmten Plattformen will Transocean insgesamt 18 ihrer Ölbohr-Einrichtungen auf See verschrotten. Weitere könnten hinzukommen, weil das Transocean-Management den Angaben zufolge derzeit die Konkurrenzfähigkeit der Plattform-Flotte überprüft.

**TOCHTER IN MYANMAR:** Beim Baustoffhersteller Sika gehen abseits des Kampfs um die Kontrolle die operativen Geschäfte weiter: Das Unternehmen realisiert seine Wachstumspläne und gründet in Myanmar eine Tochtergesellschaft. In Sri Lanka wird zudem ein neues Werk eröffnet. Die Gründung von Sika Myanmar markiere einen weiteren Meilenstein in der Umsetzung der Wachstumsstrategie in den Schwellenländern, schreibt Sika in einer Mitteilung. Seit 1992 beliefert Sika über Nachbarländer den Baumarkt in Myanmar. Mit der Gründung einer eigenen Tochtergesellschaft sei Sika nun bestens positioniert, den schnell wachsenden Bauwirtschaftssektor direkt zu beliefern. Damit ist Sika neu in 91 Ländern mit einer Tochtergesellschaft vertreten.

**NEUER STANDORT:** Nach der angekündigten Schliessung des Ruag-Standorts Brunnen (SZ) mit 110



Online lesen

Beschäftigten haben Gespräche zwischen Schwyzer Politikern und der Ruag-Spitze stattgefunden. Zum Ergebnis wollten sich die Beteiligten nicht äussern. Die Gespräche sollen weitergehen. Am Gespräch auf dem Ruag-Areal in Brunnen nahmen eine Delegation des Regierungsrats, des Gemeinderats Ingenbohl-Brunnen sowie eidgenössische Parlamentarier aus dem Kanton Schwyz und Vertreter des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung der Ruag teil, wie die Schwyzer Staatskanzlei mitteilte. Die Schwyzer Regierung hatte im Vorfeld von der Ruag verlangt, auf die Schliessung ganz oder teilweise zu verzichten.

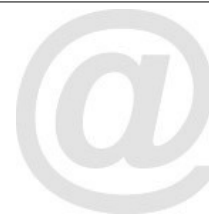
**SWISSCOM-EINSTIEG:** Der Bankensoftware-Anbieter Finnova stellt sein Aktionariat auf eine breitere Basis. Mehrheitsaktionär ist künftig das deutsche IT-Beratungsunternehmen msg systems. Neu steigt zudem die Swisscom mit einer Beteiligung von neun Prozent ein. Dies teilten Finnova und Swisscom mit. Finnova ist ein führender Anbieter von Bankensoftware auf dem Finanzplatz Schweiz. Swisscom arbeitet seit einigen Jahren mit dem Unternehmen zusammen und betreibt für über 70 Kundenbanken die Finnova Banking Software. Diese enge Zusammenarbeit werde nun durch eine Beteiligung von neun Prozent formalisiert, teilte Swisscom mit. Über die finanziellen Details wurde Stillschweigen vereinbart. Gleichzeitig hat der bisher grösste Finnova-Aktionär, die msg systems, ihren Anteil von 46 Prozent auf 51,4 Prozent aufgestockt und wird damit Mehrheitsaktionär, wie Finnova mitteilte.

**EZB VERTEIDIGT SCHWEMME:** Die Währungshüter der Europäischen Zentralbank (EZB) haben auf ihrer Zinssitzung im März ihren Entscheid zugunsten der grossen Geldflut für das Bankensystem verteidigt. Über die Massnahmen habe weitgehend Einigkeit geherrscht. Die Sicht sei geteilt worden, dass das Programm mit dem Kauf von Staatsanleihen "gerechtfertigt und völlig angemessen ist, um allmählich die vorgesehenen Ziele zu erreichen", hiess es in dem am Donnerstag veröffentlichten Protokoll der EZB-Ratssitzung vom März auf Zypern. Im Protokoll wurde auch die Notwendigkeit hervorgehoben, die geldpolitischen Schritte vollständig umzusetzen, da sich ansonsten die günstigen Folgen umkehren könnten. Die EZB hatte nach der Sitzung ihr Programm zum Kauf von Staatsanleihen gestartet.

**GERINGES HANDELSDEFIZIT:** Das US-Handelsdefizit ist im Februar auch wegen des starken Dollar so klein ausgefallen wie seit 2009 nicht mehr. Die Importe übertrafen die Exporte nur noch um 35,4 Mrd. Dollar, wie das Handelsministerium in Washington mitteilte. Das ist ein Rückgang von 16,9 Prozent zum Vormonat. Ein Grund dürfte der starke Dollar sein, der Importe aus Übersee verbilligt. Ausserdem sind die Preise für importiertes Rohöl deutlich gefallen. Die Einfuhren sanken um 4,4 Prozent auf 221,7 Mrd. Dollar und damit auf das niedrigste Niveau seit fast vier Jahren. Die Exporte gingen um 1,6 Prozent auf 186,2 Mrd. Dollar zurück, weil die Nachfrage bei den wichtigsten Handelspartnern Kanada und Mexiko schwächelte. Auch nach China wurde weniger verkauft, während das Geschäft mit der Europäischen Union stabil blieb.

**MEHR REFORMEN VERLANGT:** Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mahnt Frankreich zu grösserem Reformeifer. Die konjunkturelle Erholung sei im Gange, aber die Arbeitslosigkeit sei auf hohem Niveau, sagte OECD-Generalsekretär Ángel Gurría in Paris. "Die öffentlichen Finanzen sind angesichts chronischer Defizite und steigender Staatsverschuldung nach wie vor schwach", sagte Gurría weiter. "Um ein stärkeres, nachhaltiges Wachstum zu erreichen, sind weitere Reformen notwendig." Priorität müsse dabei der Arbeitsmarkt haben. Auch müssten die Staatsausgaben gesenkt werden. Diese hätten 2014 bei 57 Prozent der Wirtschaftsleistung und damit über dem Durchschnitt der 34 OECD-Staaten gelegen.

**MEHR KREDITE:** Die Europäische Zentralbank (EZB) hält die angeschlagenen griechischen Banken weiter über Wasser. Sie erhöhte den Rahmen der sogenannten ELA-Notkredite um 700 Mio. Euro, wie die Nachrichtenagentur AFP aus Bankenkreisen erfuhr. Insgesamt liegt das Kreditlimit nun bei 71,8 Mrd. Euro. Die griechischen Banken stehen unter Druck, da viele Bürger ihr Ersparnis aus Angst vor einer Staatspleite abheben. Allein zwischen Anfang Dezember und Ende Februar zogen Kunden 25 Mrd. Euro Kapital ab. Da die EZB seit Mitte Februar keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheit für Kredite akzeptiert,



Online-Ausgabe

cash  
8048 Zürich  
044/ 436 77 11  
www.cash.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Infoseiten  
UUpM: 211'000  
Page Visits: 3'116'867



Themen-Nr.: 230.025  
Abo-Nr.: 1074199

müssen sich die Banken des Landes seither über das Notkreditprogramm der Zentralbank (ELA) bei ihrer einheimischen Notenbank mit Geld versorgen.

**MCDONALD'S ERHÖHT LÖHNE:** Die Fastfood-Kette McDonald's hat unter steigendem öffentlichen Druck eine Lohnerhöhung für die eigenen Mitarbeiter in den USA beschlossen. Ab Juli werde der Stundenlohn mindestens einen Dollar über dem örtlich gültigen gesetzlichen Mindestlohn liegen Bis Ende 2016 solle der durchschnittliche Stundenlohn von neun auf zehn Dollar steigen. Zudem sollen die Mitarbeiter erstmals rund eine Woche bezahlte Ferien erhalten. Von diesen Verbesserungen profitieren allerdings nur Mitarbeiter in den konzerneigenen Schnellrestaurants. Da 90 Prozent der insgesamt über 14'300 US-Filialen von Franchise-Partnern betrieben werden, betreffen die Massnahmen nur etwa 90'000 von insgesamt rund 750'000 Angestellten.

**KEINE WEITEREN STREIKS:** Die Gewerkschaft Verdi setzt im Lohnstreit mit der Deutschen Post die Warnstreiks bis zum 14. April und der nächsten Verhandlungsrunde mit dem Post-Management. aus Am vorerst letzten Streiktag haben aber erneut Tausende Angestellte im ganzen Land die Arbeit ruhen lassen. Nach Angaben der Post fiel die Streikbeteiligung am Donnerstag mit 5000 Teilnehmern allerdings niedriger aus als am Vortag. Und dank dem Einsatz von Mitarbeitern aus dem Verwaltungs- und Vertriebsbereich würden weniger als zehn Prozent der Brief- und Paketsendungen wegen des Streiks verspätet zugestellt. Verdi fordert für die rund 140'000 Mitarbeiter des Konzerns eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Die entsprechenden tarifvertraglichen Regelungen wurden auf Ende März 2015 gekündigt.

**DOUGLAS VOR VERKAUF:** Die deutsche Parfümerie-Kette Douglas soll für mehr als 3 Mrd. Euro verkauft werden. Die Aktionäre hätten das Unternehmen auf der Basis dieser Bewertung zum Verkauf angeboten, teilte Douglas-Chefin Isabelle Parize mit. Sowohl der US-Investmentfonds Advent als auch die Gründerfamilie Kreke "wollen aussteigen", voraussichtlich noch vor dem Sommer. Im Gespräch seien "mehrere Optionen", darunter auch ein Börsengang. Zu der 1910 in Hamburg gegründeten Parfümerie-Kette gehören 1800 Filialen in 19 Ländern. Sie ist Teil der Douglas-Holding, zu der unter anderem auch die Thalia-Buchgruppe zählt. Thalia ist die grösste Buchhändlerin in der Schweiz. 80 Prozent von Douglas gehört Advent, der Rest der Gründerfamilie Kreke.

(AWP)